

No. 32735

---

**GERMANY  
and  
CZECH AND SLOVAK  
FEDERAL REPUBLIC**

**Agreement concerning Cooperation in the Suppression of  
Organized Crime. Signed at Prague on 13 September  
1991**

*Authentic texts: German and Czech.*

*Registered by Germany on 26 March 1996.*

---

**ALLEMAGNE  
et  
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE  
TCHÈQUE ET SLOVAQUE**

**Accord de coopération en vue de combattre le crime organisé.  
Signé à Prague le 13 septembre 1991**

*Textes authentiques : allemand et tchèque.*

*Enregistré par l'Allemagne le 26 mars 1996.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER TSCHECHISCHEN UND SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT BEI DER BEKÄMPFUNG DER ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Tschechischen und Slowakischen  
Föderativen Republik –

in der Absicht, einen Beitrag zur Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen zu leisten,

in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit für die wirksame Verhinderung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere der Rauschgiftkriminalität, des Terrorismus und der unerlaubten Einschleusung von Personen von wesentlicher Bedeutung ist,

im Hinblick auf die internationalen Übereinkommen, die die Zusammenarbeit auf diesen Gebieten regeln und durch die beide Vertragsparteien gebunden sind,

besorgt über das weltweite Anwachsen des Mißbrauchs von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen und ihres unerlaubten Verkehrs,

in dem gemeinsamen Willen, den Terrorismus wirkungsvoll zu bekämpfen,

überzeugt, daß die Bekämpfung der unerlaubten Einschleusung von Personen vor allem auf dem Luftweg insbesondere an den Abflug- und Transitflughäfen durch Maßnahmen der Luftverkehrsgesellschaften ansetzen muß,

in der Absicht, wirkungsvolle Maßnahmen zur Eindämmung der Verwendung von ge- und verfälschten oder mißbräuchlich verwendeten Grenzübertrittsdokumenten sowie zur Bekämpfung krimineller Schleuserorganisationen zu ergreifen –

sind wie folgt übereingekommen:

### Artikel 1

Die Vertragsparteien arbeiten auf der Grundlage ihres Rechts bei der Bekämpfung schwerer Straftaten, insbesondere bei der Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität einschließlich der Verhütung und Aufklärung dieser Straftaten zusammen. Sie werden zu diesem Zweck

1. eine aus leitenden Beamten der Ministerien des Innern beider Vertragsparteien bestehende gemeinsame Kommission bilden, die bei Bedarf zusammentritt und die zu ihren Beratungen auch weitere Fachleute hinzuziehen kann;
2. Fachleute zum Informationsaustausch über Techniken und Methoden der Kriminalitätsbekämpfung und für besondere Formen der Kriminalitätsbekämpfung und der Kriminaltechnik entsenden;
3. Personalien von Straftätern und Beteiligten an Straftaten der organisierten Kriminalität sowie auch von Hinterleuten und Drahtziehern, Informationen über Täterverbindungen, Strukturen der Tätergruppen und kriminellen Organisationen, typisches Täter- und Gruppenverhalten, den Sachverhalt, insbesondere die Tatzeit, den Tatort, die Begehungsweise, die angegriffenen Objekte, Besonderheiten sowie die verletzten Strafnormen und getroffene Maßnahmen mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten der organisierten Kriminalität oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist;
4. auf Ersuchen polizeiliche Ermittlungen und sonstige nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässige Maßnahmen durchführen;
5. operativ durch aufeinander abgestimmte polizeiliche Maßnahmen und gegenseitige personelle, materielle und organisatorische Unterstützung zusammenarbeiten;
6. Erfahrungen und Informationen, insbesondere über gebräuchliche Methoden der grenzüberschreitenden Kriminalität sowie über besondere, neue Formen der Straftatbegehung, austauschen;
7. kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse austauschen;
8. einander Muster von Gegenständen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet worden sind oder mit welchen Mißbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen;
9. einen Austausch zur gemeinsamen oder gegenseitigen Fortbildung von Fachleuten und Studienaufenthalte von Mitarbei-

tern zur höheren professionellen Qualifizierung für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität veranstalten;

10. nach Bedarf und im Rahmen konkreter polizeilicher Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung gemeinsamen Vorgehens Arbeitstreffen abhalten.

## Artikel 2

Die Zusammenarbeit bezieht sich sowohl auf die nachfolgend aufgeführten Bereiche der Kriminalität, sofern organisierte Strukturen der Tatbegehung erkennbar sind, als auch auf organisierte Tätergruppen, die in anderen Kriminalitätsbereichen tätig sind:

- unerlaubter Anbau, unerlaubte Herstellung, Gewinnung, Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie unerlaubter Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen;
- Terrorismus;
- unerlaubte Einschleusung von Personen und unerlaubter Handel mit Arbeitskräften;
- unerlaubter Handel mit Waffen und Sprengstoff;
- Zuhälterei und Menschenhandel;
- Falschspiel;
- Erpressung;
- Herstellung und Verbreitung von Falschgeld; Briefmarken-, Dokumenten-, Scheck- und Wertpapierfälschung;
- Eigentumskriminalität;
- Umweltkriminalität.

## Artikel 3

Zum Zwecke der Bekämpfung des unerlaubten Anbaus, der unerlaubten Herstellung, Gewinnung, Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie des unerlaubten Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen werden die Vertragsparteien auf der Grundlage ihres Rechts insbesondere

1. Personalien von an der unerlaubten Herstellung von und an dem unerlaubten Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen beteiligten Personen, Verstecke und Transportmittel, Arbeitsweisen, Herkunfts- und Bestimmungsort der Suchtstoffe und psychotropen Stoffe sowie besondere Einzelheiten eines Falles mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist;

2. auf Ersuchen entsprechende Maßnahmen durchführen und der anderen Vertragspartei die sachdienlichen Erkenntnisse mitteilen;
3. Informationen über gebräuchliche Methoden des unerlaubten grenzüberschreitenden Verkehrs mitteilen;
4. kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse austauschen;
5. einander Muster neuer Suchtstoffe und psychotroper Stoffe und anderer gefährlicher Stoffe sowohl pflanzlicher wie auch synthetischer Herkunft, mit welchen Mißbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen;
6. Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen sowie Grundstoffen und Vorläufersubstanzen, die zu ihrer Herstellung benötigt werden, im Hinblick auf deren möglichen Mißbrauch austauschen;
7. gemeinsam Maßnahmen durchführen, die zur Verhinderung von unerlaubten Abzweigungen aus dem legalen Verkehr zweckmäßig sind und über die Verpflichtungen der Vertragsparteien aufgrund der geltenden Übereinkommen über Suchtstoffe und psychotrope Stoffe hinausgehen;
8. gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der Herstellung illegaler synthetischer Suchtstoffe und psychotroper Stoffe durchführen.

#### Artikel 4

Zum Zwecke der Bekämpfung des Terrorismus werden die Vertragsparteien auf der Grundlage ihres Rechts Informationen und Erkenntnisse austauschen über geplante und begangene terroristische Akte, Verfahrensweisen und terroristische Gruppierungen, die Straftaten auf dem Gebiet der anderen Seite, zum Nachteil der anderen Seite oder gleichwertiger Interessen der anderen Seite planen, begehen oder begangen haben, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten des Terrorismus oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist.

#### Artikel 5

Zum Zwecke der Bekämpfung der unerlaubten Einschleusung von Personen werden die Vertragsparteien auf der Grundlage ihres Rechts insbesondere

1. eine Arbeitsgruppe zur gemeinsamen Analyse der mit der Bekämpfung der unerlaubten Einschleusung von Personen zusammenhängenden Fragen und zur Ausarbeitung geeigneter Gegenmaßnahmen bilden;
2. Informationen mitteilen, die für den Empfänger zur Bekämpfung von Straftaten und zur Abwehr der unerlaubten Einschleusung von Personen erforderlich sind.

#### Artikel 6

Die Vorschriften über die justitielle Rechtshilfe in Strafsachen sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen bleiben unberührt.

#### Artikel 7

Zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens werden alle Kontakte unmittelbar zwischen Zentralstellen und den von diesen jeweils benannten Experten stattfinden.

Zentralstellen sind:

in der Bundesrepublik Deutschland für Artikel 1 Nummer 1 der Bundesminister des Innern, für Artikel 3 Nummern 6 und 7 der Bundesminister für Gesundheit, für Artikel 5 die Grenzschutzdirektion, ansonsten das Bundeskriminalamt (insbesondere in Fällen der deliktsübergreifenden organisierten Kriminalität), soweit Artikel 3 Nummern 1 bis 7 betroffen ist, gemeinschaftlich mit dem Zollkriminalinstitut;

in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik für Artikel 1 Nummer 1 der Minister des Innern der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, für Artikel 3 Nummern 6 und 7 der Gesundheitsminister der Tschechischen Republik und der Gesundheitsminister der Slowakischen Republik, für Artikel 3 Nummern 2 und 3 und für Artikel 5 die Hauptkommandantur für Grenzbewachung und Grenzschutz der staatlichen Grenzen, das Amt des Föderalen Ministeriums des Innern für Ausländer- und Paßwesen und die Zentrale der Föderalen Polizei, ansonsten die Zentrale der Föderalen Polizei.

#### Artikel 8

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung auf die nach dem für sie geltenden Recht zu beachtenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten nach dem Wegfall der Erforderlichkeit zu löschen.
7. Die mit der Durchführung dieses Abkommens beauftragten Stellen der Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen und die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

#### Artikel 9

Durch dieses Abkommen werden die aufgrund zweiseitiger oder mehrseitiger internationaler Übereinkünfte bestehenden Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

#### Artikel 10

Die Vertragsparteien halten nach Vereinbarung und nach Maßgabe des Erfordernisses Konsultationen zum Zwecke der Sicherstellung der Wirksamkeit der in den Artikeln 1 bis 5 dieses Abkommens festgelegten Zusammenarbeit ab.

#### Artikel 11

Dieses Abkommen hindert die Vertragsparteien nicht, andere beiderseits annehmbare Formen und Methoden der Zusammenarbeit im Kampf gegen die organisierte Kriminalität einzuführen oder zu fördern.

#### Artikel 12

(1) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, daß die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung einer Kooperationsmaßnahme geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder gegen Grundsätze der eigenen Rechtsordnung zu verstoßen, so kann sie die Unterstützung beziehungsweise die Kooperationsmaßnahme insoweit ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen abhängig machen.

(2) Die Vertragsparteien teilen einander spätestens zwei Wochen vor dem Zusammentritt der gemeinsamen Kommission und vor dem Austausch von Fachleuten die Namen der Kommissionsmitglieder bzw. die Namen der Mitglieder der Expertengruppe mit. Ist eine der Vertragsparteien der Ansicht, daß der Aufenthalt einer von der anderen Vertragspartei benannten Person in ihrem Hoheitsgebiet geeignet ist, die eigene Sicherheit oder andere wesentlichen Interessen zu gefährden, findet Absatz 1 sinngemäß Anwendung.

#### Artikel 13

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Weg schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.



#### Artikel 14

Dieses Abkommen wird für die Dauer von zehn Jahren geschlossen. Danach verlängert sich die Geltungsdauer auf unbestimmte Zeit, sofern das Abkommen nicht von einer der beiden Vertragsparteien mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Prag am 13. September 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland:

HERMANN HUBER

SCHÄUBLE

Für die Regierung  
der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik:

LANGOS

---

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

DOHODA MEZI VLÁDOU SPOLKOVÉ REPUBLIKY NĚMECKO A  
VLÁDOU ČESKÉ A SLOVENSKÉ FEDERATIVNÍ REPUBLIKY  
O SPOLUPRÁCI V BOJI PROTI ORGANIZOVANÉ KRIMINALITĚ

Vláda České a Slovenské Federativní Republiky a vláda  
Spolkové republiky Německo

v úmyslu přispět k rozvoji oboustranných vztahů,

v přesvědčení, že spolupráce má podstatný význam pro  
účinné odvrácení a potírání organizované kriminality, zejmé-  
na kriminality spojené s omamnými prostředky, terorismem  
a nedovoleným převáděním osob,

s ohledem na mezinárodní smlouvy upravující spolupráci  
v těchto oblastech, jimiž jsou obě smluvní strany vázány,

znepokojeny celosvětovým nárůstem zneužívání omamných  
a psychotropních látek a jejich nedovoleným rozšířením,

ve společné vůli účinně bojovat proti terorismu,

přesvědčeny, že boj proti nedovolenému převádění osob  
především leteckou cestou musí začít zejména na odletových  
a tranzitních letištích opatřeními leteckých společností,

v úmyslu dosáhnout účinných opatření k omezení používá-  
ní falšovaných, padělaných nebo zneužitých dokladů k překro-  
čení státních hranic, jakož i k boji proti kriminálním pře-  
vaděčským organizacím,

dohodly se takto:

## Článek 1

Smluvní strany budou spolupracovat na základě svého právního řádu v boji proti závažným trestným činům, zejména v boji proti mezinárodní organizované kriminalitě, včetně předcházení a objasňování těchto trestných činů. K tomu účelu

1. vytvoří společnou komisi, složenou z vedoucích pracovníků ministerstev vnitřní obou stran, která se bude scházet v případě potřeby a může přizvat ke svému jednání i další odborníky;
2. budou si vysílat odborníky k výměně informací o technikách a metodách boje s kriminalitou, jakož i specialisty pro zvláštní formy boje s kriminalitou a formy kriminalistické techniky;
3. sdělí si osobní data pachatelů a účastníků trestných činů organizované kriminality, jakož i osob v pozadí a strůjců, informace o spojení pachatelů, o strukturách skupin pachatelů a kriminálních organizací, o typickém chování pachatelů a skupin, o stavu věcí, zejména o čase, místě, způsobu spáchání činu, o napadených objektech, zvláštnostech, jakož i o porušených trestních normách a o přijatých opatřeních, pokud je to žádoucí pro boj proti trestným činům organizované kriminality nebo k odvrácení závažného nebezpečí pro veřejnou bezpečnost, které existuje v jednotlivých případech;

4. budou na základě žádosti provádět policejní šetření a jiná potřebná opatření v souladu s právním řádem dožádané smluvní strany;
5. budou operativně spolupracovat na základě navzájem koordinovaných policejních opatření a vzájemné osobní, materiální a organizační podpory;
6. budou si vyměňovat zkušenosti a informace, zejména o obvyklých metodách kriminality přesahující hranice států, jakož i o zvláštních, nových formách páchání trestné činnosti;
7. budou si vyměňovat výsledky kriminalisticko kriminologického výzkumu;
8. budou si navzájem poskytovat vzorky předmětů pocházejících z trestných činů, nebo jež byly k jejich spáchání použity, či jichž bylo k trestné činnosti zneužito;
9. budou organizovat výměnu s cílem dalšího společného či vzájemného vzdělávání odborníků a studijní pobyty pracovníků ke zvýšení jejich profesijní kvalifikace pro boj proti organizované kriminalitě;
10. budou konat podle potřeby a v rámci konkrétních policejních opatření k přípravě a k provedení společných postupů pracovní setkání.

## Článek 2

Spolupráce se vztahuje jak na dále uvedené oblasti kriminality, pokud lze rozpoznat organizované struktury

spáchání činu, tak i na organizované skupiny pachatelů, které působí i v jiných oblastech kriminality:

- nedovolené pěstování, nedovolená výroba, získávání, dovoz, vývoz a průvoz omamných a psychotropních látek, jakož i nedovolený obchod s nimi;
- terorismus;
- nedovolené převádění osob a nedovolený obchod s pracovními silami;
- nedovolený obchod se zbraněmi a s výbušninami;
- kuplířství a obchod s lidmi;
- podvodná hra;
- vydírání;
- výroba a rozšiřování falešných peněz, známek, dokladů, šeků a cenných papírů;
- majetková kriminalita;
- obecné ohrožení životního prostředí.

### Článek 3

Za účelem boje proti nedovolenému pěstování, nedovolené výrobě, získávání, dovozu, vývozu a průvozu omamných a psychotropních látek, jakož i proti nedovolenému obchodu s nimi, budou smluvní strany podle svého právního řádu zejména

1. sdělovat si osobní data osob zúčastněných na nedovolené výrobě omamných a psychotropních látek a nedovoleném obchodu s nimi, úkryty a dopravní prostředky, způsoby práce, místo původu omamných a psychotropních látek a místo jejich určení i zvláštní podrobnosti případu, pokud je to žádoucí pro boj proti trestným činům nebo k odvrácení závažného nebezpečí pro veřejnou bezpečnost, které je dáno v jednotlivých případech;
2. provádět na žádost odpovídající opatření a druhé smluvní straně sdělovat potřebné poznatky;
3. sdělovat si informace o obvyklých metodách nedovoleného přeshraničního styku;
4. vyměňovat si výsledky kriminalisticko kriminologického výzkumu;
5. poskytovat si navzájem vzorky nových omamných, psychotropních a jiných nebezpečných látek jak rostlinného, tak syntetického původu, které jsou zneužívány;
6. vyměňovat si zkušenosti o dohledu nad zákonným pohybem omamných a psychotropních látek, surovin a substancí, kterých je třeba na jejich výrobu, se zřetelem na jejich možné zneužití;
7. provádět společná opatření, která by zabránila nedovolenému odčerpávání těchto látek z jejich zákonného pohybu a která jdou nad rámec závazků smluvních stran na základě platných dohod o omamných a psychotropních látkách;

8. provádět společná opatření k boji proti výrobě ilegálních syntetických omamných a psychotropních látek.

#### Clánek 4

Za účelem boje proti terorismu si budou smluvní strany podle svého právního řádu vyměňovat informace a poznatky o plánovaných a spáchaných teroristických činech, postupech a teroristických seskupeních, která plánují, páchají či spáchala trestné činy na území druhé strany, ke škodě druhé strany nebo rovnocenných zájmů druhé strany, pokud je to žádoucí pro boj proti teroristickým trestným činům nebo v jednotlivých případech k odvracení značného nebezpečí pro veřejnou bezpečnost.

#### Clánek 5

Za účelem boje proti nedovolenému převádění osob smluvní strany podle svého právního řádu zejména

1. vytvoří pracovní skupinu pro společný rozbor otázek, souvisejících s bojem proti nedovolenému převádění osob a pro vypracování vhodných protiopatření;
2. budou si poskytovat informace, které jsou pro příjemce žádoucí pro boj proti trestným činům a k odvracení nedovoleného převádění osob.

## Článek 6

Předpisy o justiční právní pomoci ve věcech trestních i o úřední a právní pomoci ve věcech fiskálních zůstávají nedotčeny.

## Článek 7

Za účelem uplatňování této dohody budou probíhat všechny kontakty bezprostředně mezi centrály a jimi jmenovanými experty.

Centrály jsou

ve Spolkové republice Německo pro článek 1 bod 1 spolkový ministr vnitra, pro článek 3 body 6 a 7 spolkový ministr zdravotnictví, pro článek 5 ředitelství pohraniční ochrany, jinak spolkový kriminální úřad (zejména v případech organizované kriminality při souběhu trestných činů), pokud jde o článek 3 body 1 až 7 společně s celním kriminálním institutem;

v České a Slovenské Federativní Republice pro článek 1 bod 1 ministr vnitra České a Slovenské Federativní Republiky, pro článek 3 body 6 a 7 ministr zdravotnictví České republiky a ministr zdravotnictví Slovenské republiky, pro článek 3 bod 2 a 3 a pro článek 5 Hlavní velitelství Pohraniční stráže a ochrany státních hranic, Úřad federálního ministerstva vnitra pro cizineckou a pasovou službu



a Centrála federální policie a pro ostatní články Centrála federální policie.

#### Clánek 8

Pokud jsou na základě této dohody v souladu s vnitrostátním právním řádem předávána osobní data, platí dále uvedená ustanovení:

1. Použití dat příjemcem je přípustné jen k uvedenému účelu a za podmínek stanovených orgánem předávající strany.
2. Příjemce informuje orgán předávající strany na žádost o použití předávaných dat a výsledcích tím získaných.
3. Osobní data se smějí předávat výlučně úřadům trestního stíhání, další předávání jiným místům se smí uskutečnit jen s předběžným souhlasem předávajícího orgánu.
4. Předávající orgán je povinen dbát na správnost dat, jež mají být předána, jakož i na nutnost a úměrnost ve vztahu k účelu předáním sledovanému; při tom je třeba respektovat zákazy pro předávání stanovené příslušným vnitrostátním právním řádem; byla-li předána nesprávná data nebo data, která nesměla být předána, je to třeba příjemci neprodleně sdělit. Ten je povinnen provést opravu nebo data zničit.
5. Postiženému je třeba na žádost poskytnout informace, které existují k jeho osobě i informací o zamýšleném účelu jejich použití. Převažuje-li veřejný zájem

neposkytnout takovou informaci nad zájem postiženého o její sdělení, nebude poskytnuta. Jinak se právo postiženého na takovouto informaci řídí vnitrostátním právním řádem smluvní strany, od které je informace vyžadována.

6. Předávající orgán upozorní při předání informace na lhůty stanovené právním řádem jeho státu pro výmaz těchto údajů; nezávisle na těchto lhůtách je nutno předaná osobní data vymazat, jakmile pomine důvod k předání.
7. Orgány pověřené smluvními stranami prováděním této dohody jsou povinny zanést předání a příjem osobních dat do spisů a předaná osobní data účinně chránit proti neoprávněnému přístupu k nim a proti jejich neoprávněným změnám a neoprávněnému zveřejnění.

#### Článek 9

Touto dohodou nejsou dotčeny závazky smluvních stran vyplývajících z dvoustranných nebo mnohostranných mezinárodních smluv.

#### Článek 10

Smluvní strany uskuteční po dohodě a podle potřeby konzultace ke zvýšení účinnosti spolupráce zakotvené v člancích 1 až 5 této dohody.

## Článek 11

Tato dohoda nebrání smluvním stranám zavádět nebo podporovat jiné pro obě smluvní strany přijatelné formy a metody spolupráce v boji proti organizované kriminalitě.

## Článek 12

(1) Je-li jedna smluvní strana názoru, že splnění žádosti nebo provádění součinnostních opatření může omezit její výsostná práva, ohrozit její bezpečnost nebo jiné důležité zájmy nebo porušit zásady jejího právního řádu, může podporu, popřípadě součinnostní opatření zcela nebo částečně odmítnout nebo je vázat na určité podmínky.

(2) Smluvní strany si sdělí nejpozději dva týdny před setkáním společné komise, jakož i před výměnou odborníků, jména členů komise, resp. jména členů expertní skupiny. Je-li jedna ze smluvních stran názoru, že pobyt některé osoby, jmenované druhou smluvní stranou, může na jejím výsostném území ohrozit její bezpečnost nebo jiné důležité zájmy, bude postupovat ve smyslu prvního odstavce.

## Článek 13

Tato dohoda vstoupí v platnost v den, kdy si obě smluvní strany vzájemně diplomatickou cestou písemně sdělí, že jsou

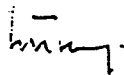
splněny potřebné vnitrostátní předpoklady pro její vstup v platnost.

#### Článek 14

Tato dohoda se uzavírá na dobu deseti let. Poté se délka její platnosti prodlužuje na dobu neurčitou, pokud ji jedna ze smluvních stran v šestiměsíční lhůtě písemně nevyhoví.

Dáno v Praze dne 13. září 1991 ve dvou vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za vládu  
Spolkové republiky Německo:



Za vládu  
České a Slovenské Federativní Republiky:

---

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL  
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE  
CZECH AND SLOVAK FEDERAL REPUBLIC CONCERNING  
COOPERATION IN THE SUPPRESSION OF ORGANIZED  
CRIME

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech and Slovak Federal Republic,

Intending to make a contribution to the development of their mutual relations,

Convinced that cooperation is of major importance in effectively preventing and combating organized crime, in particular drug-related crime, terrorism and the illegal infiltration of persons,

Having regard to the international agreements which regulate cooperation in these areas and by which both Contracting Parties are bound,

Concerned about the world-wide growth in the abuse of narcotics and psychotropic substances and the illicit trade in them,

Sharing the desire to achieve effective suppression of terrorism,

Convinced that the suppression of the illegal infiltration of persons especially by air has to be initiated in particular at the departure and transit airports by means of measures taken by the airlines,

Intending to undertake effective measures to inhibit the use of forged, falsified or improperly used frontier-crossing documents and to combat criminal organizations engaged in infiltration of persons,

Have agreed as follows:

*Article 1*

The Contracting Parties, on the basis of their law, shall cooperate in the suppression of serious criminal offences, in particular in combating international organized crime, including the prevention and solution of such criminal offences. To this end, they shall:

1. Set up a joint commission consisting of senior officials of the Ministries of the Interior of the Contracting Parties, which shall meet as necessary and may also co-opt other experts into its consultations.

2. Dispatch experts for the purpose of exchanging information with regard to techniques and methods of suppressing crime as well as particular forms of crime-fighting and of criminal techniques.

3. Communicate the identity details of perpetrators and persons involved in criminal acts committed by organized crime, as well as such details of persons who remain in the background and manipulate others, information on associations of

<sup>1</sup> Came into force on 29 September 1992, the date on which the Contracting Parties informed each other of the completion of the national requirements, in accordance with article 13.

criminals, structures of criminal groups and organizations, typical behaviour patterns of perpetrators and groups, the facts of cases, notably the time and place of perpetration, the *modus operandi*, the items which were the target of the crime and particular features of it, as well as the criminal laws infringed and the measures taken, to the extent that this is necessary in order to suppress criminal acts committed by organized crime or to avert a significant danger to public safety existing in a specific case.

4. Upon request, undertake police investigations and such other operations as are permissible under the law of the requested Contracting Party.

5. Cooperate on an operational level by police operations harmonized with one another and by mutual assistance in matters of personnel, equipment and organization.

6. Exchange experience and information, in particular on habitual methods of cross-border crime and specific and new forms of criminal activity.

7. Exchange results of criminological research.

8. Provide one another with samples of items obtained from or used for criminal acts or which are being used for abusive purposes.

9. Organize an exchange for the joint or mutual or training of experts as well as study courses for personnel to raise their level of professional qualification for efforts to combat organized crime.

10. Hold working meetings, as needed and in the context of specific investigations, to prepare and implement joint operations.

#### *Article 2*

The cooperation shall relate both to the areas listed below, insofar as organized structures are detected in the perpetration of the crimes, and also to organized criminal groups working in other criminal areas:

- Illicit cultivation, manufacture, extraction, import, export, transit of and trade in narcotics and psychotropic substances;
- Terrorism;
- Illegal infiltration of persons and illicit trade in workers;
- Illegal trade in weapons and explosives;
- Procuring and trafficking in human beings;
- Cheating;
- Extortion;
- Production and distribution of forged money; forgery of stamps, documents, cheques and securities;
- Crimes against property;
- Crimes against the environment.

#### *Article 3*

For the purposes of suppressing the illicit cultivation, manufacture, extraction, import, export, transit of and trade in narcotics and psychotropic substances, the Contracting Parties on the basis of their law shall in particular:

1. Communicate the identity details of persons involved in the illicit production of and trade in narcotics and psychotropic substances, ways of concealing drugs and means of transporting them, methods of operation, origin and destination of the narcotics and psychotropic substances and also particular details of a case, to the extent that this is necessary in order to suppress criminal acts or to avert a significant danger to public safety existing in a specific case.
2. Upon request, undertake appropriate operations and communicate the relevant findings to the other side.
3. Exchange information about habitual methods used for illicit cross-border transactions.
4. Exchange results of criminological research.
5. Provide one another with samples of new narcotics and psychotropic substances as well other dangerous substances, whether plant-based or synthetic, which are being abused.
6. Exchange experience on the monitoring of the legal trade in narcotics and psychotropic substances and the raw materials and precursors which are needed to make them, with a view to detecting possible abuse thereof.
7. Carry out joint operations serving to prevent the illicit diversion from the legal trade and going beyond the obligations of the Contracting Parties arising out of the agreements in force on narcotics and psychotropic substances.
8. Carry out joint operations to suppress the illegal manufacture of synthetic drugs and psychotropic substances.

#### *Article 4*

In order to suppress terrorism, the Contracting Parties shall on the basis of their law exchange information and findings on planned or executed terrorist acts, methods used and terrorist groupings which are planning or committing or have committed criminal acts on the territory of the other side, against the other side or against equivalent interests of the other side, to the extent that this is necessary to suppress terrorism or to avert a significant danger to public safety existing in an individual case.

#### *Article 5*

In order to suppress the illegal infiltration of persons the Contracting Parties, on the basis of their law, shall in particular:

1. Set up a working group to analyse jointly the issues relating to suppressing the illegal infiltration of persons and to prepare suitable counter-measures.
2. Communicate information which is needed by the recipient in order to suppress criminal acts and to prevent the illegal infiltration of persons.

#### *Article 6*

The provisions concerning legal assistance in criminal matters or administrative and legal assistance in taxation matters shall be unaffected.

### Article 7

For the purpose of implementing the present Agreement, all contacts shall take place between central locations and the experts nominated by them.

The central locations shall be:

In the Federal Republic of Germany, for article 1, paragraph 1, the Federal Minister of the Interior; for article 3, paragraphs 6 and 7, the Federal Minister of Health; for article 5, the Headquarters of the Frontier Guard Service; and in all other cases the Federal Office of Criminal Investigation, (especially in cases of organized crime covering multiple criminal sectors). Where paragraphs 1 to 7 of article 3 are concerned, the Federal Office of Criminal Investigation shall work in cooperation with the Institute for Customs-Related Crime;

In the Czech and Slovak Federal Republic, for article 1, paragraph 1, the Minister of the Interior of the Czech and Slovak Federal Republic; for article 3, paragraphs 6 and 7, the Minister of Health of the Czech Republic and the Minister of Health of the Slovak Republic; for article 3, paragraphs 2 and 3, and for article 5, the Headquarters of the National Frontier Guard and Protection Service, the Office for Alien and Passport Affairs within the Federal Ministry of the Interior and the Central Headquarters of the Federal Police; and in all other cases the Central Headquarters of the Federal Police.

### Article 8

Where personal data are transmitted on the basis of the present Agreement, in accordance with national law, the following provisions shall apply:

1. Use of the data by the recipient shall be permitted only for the purpose stated and only under the conditions prescribed by the transmitting body.
2. The recipient shall inform the transmitting body upon request of the use made of the transmitted data and of the results achieved thereby.
3. Personal data may be transmitted only to authorities involved in the prosecution of crime. They may be forwarded to other bodies only with the prior approval of the transmitting body.
4. The transmitting body shall be responsible for ensuring the accuracy of the data to be transmitted, and also for ensuring that the transmittal is necessary and reasonable in relation to the purpose which it is intended to achieve thereby. In this regard, any prohibitions on such transmittals applicable under relevant national law shall be observed. If it becomes evident that incorrect data or data which should not have been transmitted have been transmitted, this fact shall be communicated to the recipient without delay. The latter shall be obliged to correct or destroy the data.
5. The information existing about a person and the use which it is intended to make thereof must be disclosed to that person upon request. There shall be no obligation to disclose such information if on balance it is considered that the public interest in not disclosing the information outweighs the interest of the person concerned in receiving it. Additionally, the right of a person to disclosure of the information existing about that person shall also be governed by the national law of the Contracting Party in whose territory the disclosure of the data is requested.



6. The transmitting side shall draw attention to any deadlines stipulated by its law for deletion of such data, when it transmits the data. Regardless of such deadlines, the personal data transmitted shall be deleted when they are no longer needed.

7. The bodies of the Contracting Parties charged with the implementation of the present Agreement shall be obliged to keep records of the transmittal and receipt of personal data and to protect the transmitted personal data effectively against unauthorized access, unauthorized modification and unauthorized release.

#### *Article 9*

The present Agreement shall not affect the obligations of the Contracting Parties existing as a consequence of bilateral or multilateral international agreements

#### *Article 10*

The Contracting Parties shall hold consultations, as agreed and as needed, for the purpose of ensuring the effectiveness of the cooperation stipulated in articles 1 to 5 of the present Agreement.

#### *Article 11*

The present Agreement shall not prevent the Contracting Parties from introducing or promoting other forms and methods, acceptable to both sides, of cooperation in efforts to combat organized crime.

#### *Article 12*

1. If one of the Contracting Parties is of the opinion that complying with a request or carrying out a cooperative operation is likely to infringe its own sovereign rights, to jeopardize its own safety or other significant interests, or to conflict with fundamental principles of its own legislation, it shall be entitled to decline to comply or cooperate, completely or in part, or to make its complying or cooperating subject to certain conditions.

2. The Contracting Parties shall communicate to each other at the latest two weeks before a meeting of the joint commission or an exchange of experts the names of the members of the commission or of the expert group. If one of the Contracting Parties is of the opinion that the presence in its territory of a person nominated by the other Contracting Party is likely to jeopardize its own safety or other significant interests, paragraph 1 shall apply as appropriate.

#### *Article 13*

This Agreement shall enter into force on the date on which the Contracting Parties inform one another in writing through the diplomatic channel that the respective domestic requirements for its entry into force have been fulfilled.

#### *Article 14*

This Agreement is concluded for a period of ten years. Thereafter, the Agreement shall be valid for an indefinite period, unless it is denounced by one of the Contracting Parties in writing with a period of advance notice of six months.

DONE at Prague on 13 September 1991 in duplicate in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Government  
of the Federal Republic of Germany:

HERMANN HUBER

SCHÄUBLE

For the Government  
of the Czech and Slovak Federal Republic:

LANGOS

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD DE COOPÉRATION<sup>1</sup> ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT  
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRATIVE TCHÈQUE ET  
SLOVAQUE EN VUE DE COMBATTRE LE CRIME ORGANISÉ

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République fédérative tchèque et slovaque,

Entendant contribuer au développement des relations bilatérales,

Convaincus que la coopération visant à prévenir efficacement et à combattre le crime organisé, notamment le crime lié à la drogue, le terrorisme et le passage clandestin de personnes, revêt une importance fondamentale,

Tenant compte des conventions internationales qui régissent la coopération dans ces domaines et qui lient les deux Parties contractantes,

Préoccupés par l'augmentation mondiale de la consommation de stupéfiants et de substances psychotropes et de leur trafic,

Unis par la volonté de combattre efficacement le terrorisme,

Convaincus que le passage clandestin de personnes doit surtout être combattu par la voie des airs, en particulier dans les aéroports de départ et de transit, grâce à des mesures prises par les compagnies aériennes,

Entendant prendre des mesures efficaces afin d'empêcher l'utilisation de documents de passage de la frontière contrefaits et falsifiés ou utilisés de façon abusive et de réprimer les organisations criminelles d'immigration clandestine,

Sont convenus de ce qui suit :

*Article premier*

Les Parties contractantes coopéreront, sur la base de leur législation, à la répression des infractions graves, notamment à la répression des infractions du crime organisé international, y compris leur prévention et leur élucidation. A cette fin,

1. Elles constitueront une Commission mixte composée de hauts fonctionnaires des Ministères de l'intérieur des deux Parties contractantes, qui se réunira selon les besoins et pourra aussi inviter d'autres spécialistes à ses délibérations.

2. Elles enverront des spécialistes pour des échanges d'informations sur les techniques et les méthodes de lutte contre la criminalité et pour des formes particulières de lutte contre la criminalité et de technique criminelle.

3. Elles communiqueront l'identité des malfaiteurs et des participants aux infractions du crime organisé ainsi que des instigateurs et des commanditaires, des informations sur les relations des malfaiteurs, les structures des groupes de malfaiteurs et des organisations criminelles, le comportement typique des malfaiteurs et

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 29 septembre 1992, date à laquelle les Parties contractantes se sont notifié l'accomplissement des formalités internes requises, conformément à l'article 13.

des groupes, les faits, et notamment la date et le lieu des infractions, la manière dont elles ont été commises, les objets attaqués, les détails particuliers ainsi que les dispositions pénales violées et les mesures prises, dans la mesure nécessaire à la répression des infractions du crime organisé ou à la prévention d'un danger ponctuel grave pour la sécurité publique.

4. Elles mèneront, sur demande, des enquêtes policières et prendront d'autres mesures admises selon la législation de la Partie contractante requise.

5. Elles coopéreront au niveau opérationnel grâce à des mesures policières concertées et à un soutien personnel, matériel et organisationnel réciproque.

6. Elles échangeront des expériences et des informations, notamment au sujet des méthodes habituelles de la criminalité transfrontalière ainsi que des nouvelles formes particulières d'infractions.

7. Elles échangeront des résultats de recherches en matière de criminalistique et de criminologie.

8. Elles mettront à la disposition l'une de l'autre des spécimens d'objets provenant d'infractions ou utilisés pour ces infractions ou ayant servi à commettre des abus.

9. Elles procéderont à un échange de spécialistes à des fins de perfectionnement commun ou réciproque et organiseront des séjours d'étude de collaborateurs afin d'améliorer les qualifications professionnelles en vue de la lutte contre le crime organisé.

10. Elles tiendront des réunions de travail selon les besoins et dans le cadre de mesures policières concrètes afin de préparer et de mettre en œuvre des actions communes.

### *Article 2*

La coopération porte aussi bien sur les domaines de la criminalité mentionnés ci-après, dans la mesure où des structures criminelles organisées peuvent être identifiées, que sur des groupes de malfaiteurs organisés qui opèrent dans d'autres domaines de la criminalité :

- Culture, fabrication, extraction, importation, exportation, transit et commerce interdits de stupéfiants et de substances psychotropes;
- Terrorisme;
- Passage clandestin de personnes et trafic de main-d'œuvre;
- Trafic d'armes et d'explosifs;
- Proxénétisme et traite des esclaves;
- Jeux truqués;
- Racket;
- Fabrication et diffusion de fausse monnaie; falsification de timbres-poste, documents, chèques et valeurs;
- Crime contre les biens;
- Crime contre l'environnement.

### Article 3

Pour lutter contre la culture, la fabrication, l'extraction, l'importation, l'exportation, le transit et le commerce interdits de stupéfiants et de substances psychotropes, les Parties contractantes, sur la base de leur législation,

1. Communiqueront l'identité des personnes qui participent à la fabrication et au commerce interdits de stupéfiants et de substances psychotropes, les caches et les moyens de transport, les méthodes de travail, les lieux d'origine et de destination des stupéfiants et des substances psychotropes ainsi que les détails particuliers d'une affaire, dans la mesure nécessaire à la répression des infractions ou à la prévention d'un danger ponctuel grave pour la sécurité publique.

2. Mettront en œuvre, sur demande, les mesures correspondantes et communiqueront à l'autre Partie contractante les connaissances utiles.

3. Communiqueront des informations sur les méthodes habituelles de trafic transfrontalier.

4. Echangeront des résultats de recherches en matière de criminalistique et de criminologie.

5. Mettront à la disposition l'une de l'autre des spécimens de nouveaux stupéfiants et substances psychotropes et d'autres matières dangereuses d'origine végétale ou synthétique avec lesquels des abus sont commis.

6. Echangeront des expériences sur la surveillance du commerce licite des stupéfiants et des substances psychotropes ainsi que des matières premières et des précurseurs nécessaires à leur fabrication, compte tenu de la possibilité d'abus.

7. Mettront en œuvre des mesures communes afin de prévenir les détournements interdits du commerce licite et iront au-delà des obligations qui découlent pour elles des conventions en vigueur sur les stupéfiants et les substances psychotropes.

8. Mettront en œuvre des mesures communes afin de réprimer la fabrication de stupéfiants et de substances psychotropes de synthèse illicites.

### Article 4

Pour lutter contre le terrorisme, les Parties contractantes échangeront des informations et des connaissances, sur la base de leur législation, au sujet des actes de terrorisme prévus et commis, des procédés et des groupements terroristes qui préparent, commettent ou ont commis des infractions sur le territoire de l'autre Partie, au détriment de l'autre Partie ou d'intérêts équivalents de l'autre Partie, dans la mesure nécessaire à la répression du terrorisme ou à la prévention d'un danger ponctuel grave pour la sécurité publique.

### Article 5

Pour lutter contre le passage clandestin de personnes, les Parties contractantes prendront en particulier les mesures suivantes, sur la base de leur législation :

1. Elles constitueront un groupe de travail commun chargé d'analyser les questions ayant trait à la répression du passage clandestin de personnes et d'élaborer les contre-mesures appropriées.

2. Elles communiqueront les informations nécessaires au destinataire pour réprimer les infractions et empêcher le passage clandestin de personnes.

### Article 6

Les prescriptions relatives à l'assistance judiciaire en matière pénale ainsi qu'à l'assistance administrative et judiciaire en matière fiscale ne sont pas affectées.

### Article 7

Aux fins de la mise en œuvre du présent Accord, tous les contacts auront lieu directement entre les services centraux et les experts désignés par eux.

Les services centraux sont :

En République fédérale d'Allemagne, le Ministre fédéral de l'intérieur pour le paragraphe 1 de l'article premier, le Ministre fédéral de la santé pour les paragraphes 6 et 7 de l'article 3, la Direction de la protection des frontières pour l'article 5 et, pour le reste, la Police judiciaire fédérale (notamment dans les cas du crime organisé pour des délits qui se recoupent), dans la mesure où les paragraphes 1 à 7 de l'article 3 sont concernés, conjointement avec l'Institut de criminalité douanière;

En République fédérative tchèque et slovaque, le Ministre de l'intérieur de la République fédérative tchèque et slovaque pour le paragraphe 1 de l'article premier, le Ministre de la santé de la République tchèque et le Ministre de la santé de la République slovaque pour les paragraphes 6 et 7 de l'article 3, le Commandement central de la surveillance et de la protection des frontières nationales, le Bureau du Ministère fédéral de l'intérieur chargé des étrangers et des passeports et le Siège de la Police fédérale pour les paragraphes 2 et 3 de l'article 3 et l'article 5, et, pour le reste, le Siège de la Police fédérale.

### Article 8

Dans la mesure où des renseignements personnels sont transmis au titre du présent Accord conformément à la législation intérieure, les dispositions ci-après s'appliquent :

1. L'utilisation des renseignements par leur destinataire n'est admise qu'aux fins indiquées et aux conditions imposées par le service qui les transmet.

2. Le destinataire informe, sur sa demande, le service qui a transmis les renseignements de l'utilisation des renseignements transmis et des résultats ainsi obtenus.

3. Les renseignements personnels ne peuvent être transmis qu'à des autorités répressives. Leur transmission ultérieure à d'autres services ne peut avoir lieu qu'avec l'accord du service qui les a transmis.

4. Le service qui transmet les renseignements est tenu de veiller à leur exactitude ainsi qu'à la nécessité et à l'opportunité de les transmettre au regard de l'objectif visé par la transmission. Il convient de respecter à cet égard les interdictions de transmission en vigueur selon la législation intérieure concernée. S'il se révèle que des renseignements inexacts ou des renseignements qui ne devaient pas être transmis l'ont été, le destinataire doit en être informé sans délai. Il est tenu de procéder à la rectification ou à la destruction des renseignements.

5. L'intéressé doit être informé sur demande des renseignements existant sur sa personne ainsi que de l'objectif prévu de leur utilisation. L'obligation d'information est levée s'il résulte d'un examen attentif que l'intérêt public de ne pas communiquer l'information l'emporte sur l'intérêt de la personne concernée à être informée. Pour le reste, le droit de l'intéressé d'être informé des renseignements existant

sur sa personne est régi par la législation intérieure de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'information est demandée.

6. Le service qui transmet les renseignements indique, lors de la transmission, les délais de radiation prescrits par sa législation. Indépendamment de ces délais, les renseignements personnels transmis doivent être radiés dès qu'ils ne sont plus nécessaires.

7. Les services des Parties contractantes chargés de mettre en œuvre le présent Accord sont tenus d'inscrire dans un dossier la transmission et la réception des renseignements personnels et de protéger efficacement les renseignements personnels transmis contre un accès non autorisé, une modification non autorisée et une diffusion non autorisée.

#### *Article 9*

Le présent Accord n'affecte pas les obligations des Parties contractantes énoncées dans des conventions internationales bilatérales ou multilatérales.

#### *Article 10*

Les Parties contractantes tiendront des consultations, après accord et selon les besoins, pour assurer l'efficacité de la coopération visée aux articles premier à 5 du présent Accord.

#### *Article 11*

Le présent Accord n'empêche pas les Parties contractantes d'adopter ou de favoriser d'autres formes et méthodes mutuellement acceptables de coopération afin de lutter contre le crime organisé.

#### *Article 12*

1. Si l'une des Parties contractantes estime que l'exécution d'une demande ou d'une mesure de coopération risque de compromettre ses droits souverains, de menacer sa sécurité ou d'autres intérêts essentiels ou d'être contraire aux principes de son ordre juridique, elle peut refuser en tout ou partie le soutien ou la mesure de coopération sur ce point ou les subordonner à des conditions déterminées.

2. Les Parties contractantes se communiqueront au plus tard deux semaines avant la réunion de la Commission mixte et avant l'échange de spécialistes le nom des membres de la Commission ou le nom des membres du groupe d'experts. Si l'une des Parties contractantes estime que le séjour sur son territoire de l'une des personnes désignées par l'autre Partie contractante risque de menacer sa sécurité ou d'autres intérêts essentiels, le paragraphe 1 s'applique par analogie.

#### *Article 13*

Le présent Accord entrera en vigueur le jour où les Parties contractantes se seront notifié par écrit et par la voie diplomatique que les conditions intérieures nécessaires à son entrée en vigueur sont remplies.

#### *Article 14*

Le présent Accord est conclu pour une durée de dix ans. Il sera ensuite prorogé pour une durée indéterminée, sauf si l'une des Parties contractantes le dénonce par écrit avec un préavis de six mois.

FAIT à Prague le 13 septembre 1991 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement  
de la République fédérale d'Allemagne :

HERMANN HUBER

SCHÄUBLE

Pour le Gouvernement  
de la République fédérative tchèque et slovaque :

LANGOS

---